

Stand: 09.02.2026 19:41:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13710

"Entlastung der Polizei: Pilotprojekt zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei (Profi-)Fußballspielen in Bayern"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13710 vom 20.10.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14645 des KI vom 23.11.2016
3. Beschluss des Plenums 17/14858 vom 15.12.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 15.12.2016



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Entlastung der Polizei: Pilotprojekt zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei (Profi-)Fußballspielen in Bayern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, vor dem Hintergrund des Pilotversuchs „Lageangepasste Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei Fußballspielen“ des Landes Nordrhein-Westfalen ein Pilotprojekt zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei bayerischen (Profi-)Fußballspielen in der Saison 2017/2018 durchzuführen:

1. In Spielen der 1. und 2. Bundesliga und der 3. Liga – exklusive Hochrisikospiele, die nicht für eine Kräftereduzierung geeignet sind – soll im Zeitraum der ersten zwei Spieltage der Saison, der ersten zwei Spieltage nach der Winterpause und der letzten zwei Spiele der Saison geprüft werden, ob lageangepasst die polizeiliche Präsenz reduziert werden kann. Die Entscheidung über eine Reduzierung des Kräfteinsatzes und dessen Ausmaß soll – nach frühzeitiger Einbindung und in enger Absprache mit den zuständigen Expertinnen und Experten in den Vereinen, den Fanprojekten sowie gegebenenfalls den Fanvertreterinnen und Fanvertretern – bei den Polizeiführerinnen und Polizeiführern liegen. So kann im Dialog mit den Vereinen und den Expertinnen und Experten der Fanbetreuung erreicht werden, dass die Vereine mehr Verantwortung übernehmen und die Polizeieinsatzkräfte entlastet werden, beispielsweise durch eigenes Sicherheitspersonal (deren Auswahl und Eignung definiert werden muss) und durch, wenn möglich, bauliche Sicherheitsmaßnahmen. Wo die Lage es zulässt, kann so auch auf eine Begleitung der aktiven Fanszene durch die Polizei verzichtet werden.
2. Das Pilotprojekt soll wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden, hier ist besonders auf die praktische und analytische Unterscheidung zwischen „vergleichbaren“ und „nicht vergleichbaren“ Spielpartien einzugehen.

3. Dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport ist die Evaluation des Pilotprojekts im Sommer 2018 vorzulegen.
4. Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass bei der nächsten Innenministerkonferenz die Erkenntnisse des Pilotversuchs und dessen Weiterführung zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz in Nordrhein-Westfalen angemessen diskutiert werden.

### Begründung:

Fußball ist Emotion und Leidenschaft. Die Fans wollen Sicherheit im Stadion, die Mehrheit der Fans fühlt sich sehr sicher. Dennoch sind Fußballspiele in Bayern und Deutschland mit Erscheinungen von Gewalt konfrontiert. In Bayern steigen die Einsatzzeiten der Polizei bei Bundesligaspielen an. In der Saison 2013/2014 waren allein in den ersten drei Spielklassen 39 von 159 Spielen als Hochrisikospiele eingestuft (vgl. Drs. 17/3767). Immer mehr polizeiliches Personal in und vor Fußballstadien wird nicht die erhoffte Entspannung bringen. Ein sicheres Stadionerlebnis ist Aufgabe von Polizei und Fußballvereinen gleichsam. Dieses Thema wurde auch bei dem 1. GRÜNEN Polizeikongress intensiv diskutiert.

Im Pilotversuch „Lageangepasste Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei Fußballspielen“ des Landes Nordrhein-Westfalen wurde 21,7 Prozent weniger Polizeipersonal zu Beginn der Saison 2014/2015 eingesetzt um die Spiele der ersten drei Spielklassen zu sichern. Hochrisikospiele waren aus dem Versuch ausgeschlossen; auch bei kritischen Situationen gelang es schnell die nötige Verstärkung ins Stadion zu bringen. Die Fanbetreuung der betreffenden Fußballclubs war in die Planung einbezogen und konnte durch bauliche Veränderungen im Stadion und durch den vermehrten Einsatz von eigenen Ordnerinnen und Ordnern zu einer Entlastung des Polizeipersonals beitragen. Der Pilotversuch in Nordrhein-Westfalen zeigt, dass weniger Polizei im Stadion nicht mit weniger Sicherheit einhergeht und wurde in Nordrhein-Westfalen aufgrund der positiven Erfahrungen durch die Polizeibehörden weitergeführt. Ähnliche Projekte in Bayern würden nicht nur zu der Reduzierung der Belastung der Polizei führen, sondern auch die Selbstverantwortung der aktiven Fanszenen stärken. In Zusammenarbeit von Polizei und Fanclubs kann herausgefunden werden, welche Spiele sich dazu eignen, mit weniger Polizeikräften betreut zu werden.

Auf der Sportministerkonferenz im November 2014 erkannten die Sportministerinnen und Sportminister der Bundesländer an, dass seit der Fußballsaison 2002/2003 die Einsatzstunden und Strafverfahren im Umfeld von (Profi-)Fußballspielen bundesweit ansteigen. Im Bericht dieser Sportministerkonferenz (SMK) würdigt „die SMK (...) in diesem Zusammenhang die

Anstrengungen, die alle Beteiligten aus den Bereichen Fanprojekte, Fußball und Sicherheitsbehörden unternehmen, um die Kommunikation und Verständigung untereinander weiter zu befördern und im Sinne des Ziels, nämlich der Verhinderung der Gewalt im Zusammenhang mit Fußballspielen, zu agieren“.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport**

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 17/13710

**Entlastung der Polizei: Pilotprojekt zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei (Profi-)Fußballspielen in Bayern**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Katharina Schulze**  
Mitberichterstatte: **Manfred Ländner**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 23. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
  - CSU: Ablehnung
  - SPD: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

**Dr. Florian Herrmann**  
Vorsitzender



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/13710, 17/14645

**Entlastung der Polizei: Pilotprojekt zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei (Profi-)Fußballspielen in Bayern**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

### **Abstimmung**

**über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsverstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Bevor wir abstimmen, weise ich noch auf Folgendes hin: Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat in seiner Sitzung am 13. Dezember die an Nummer 3 stehende Verfassungsverstreitigkeit zum Volksbegehren "Nein zu CETA!" beraten und seine Beschlussempfehlung hierzu auf Drucksache 17/14778 abgegeben. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat gestern die Beratungen zu den Listennummern 16 bis 19 abgeschlossen und ebenfalls seine Beschlussempfehlungen abgegeben. Die Voten sind in der für Sie aufgelegten Liste enthalten. Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, die Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 13)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheiten**

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:  
 Einleitung einer Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte–  
 COM (2016) 127 final  
 BR-Drs. 116/16  
 Drs. 17/12329, 17/14659 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Beschäftigung und Soziales, Wirtschaft und Finanzen:  
 Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte  
 08.03.2016 – 31.12.2016  
 Drs. 17/12534, 17/14652 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



**Verfassungsstreitigkeit**

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. November 2016 (Vf. 60-IX-16) betreffend  
Vorlage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr vom 23. November 2016 betreffend den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens „Nein zu CETA!“  
PII/G1310.16-0011  
Drs. 17/14778

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
II. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens sind nicht gegeben.  
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Anträge**

4. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Waldmann, Ruth Müller u.a. SPD  
Barrierefreiheit in Arztpraxen realisieren  
Drs. 17/11622, 17/14648 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Zur Lage der Frauen im Kunst- und Kulturbereich  
Drs. 17/12412, 17/14504 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD  
Verbesserung der Schwerbehindertenrechte in Zügen der DB AG und ihrer Wettbewerber  
Drs. 17/12596, 17/14667 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Teilhabe und Selbstbestimmung garantieren –  
Armut verhindern: für ein gutes Bundesteilhabegesetz!  
Drs. 17/12618, 17/14683 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Joachim Unterländer u.a. und Fraktion (CSU)  
Bessere Teilhabe jetzt!  
Drs. 17/12629, 17/14684 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher,  
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Für ein verbessertes Bundesteilhabegesetz  
Drs. 17/13088, 17/14685 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Martin Güll,  
Margit Wild u.a. SPD  
Angebote für Kinder und Jugendliche mit Fluchthintergrund an Gymnasium  
und Realschule aufstocken beziehungsweise schaffen  
Drs. 17/13212, 17/14644 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,  
Natascha Kohnen u.a. SPD  
Freie Fahrt für Carsharing-Projekte –  
Dringende Änderungen im aktuellen Gesetzentwurf sind erforderlich!  
Drs. 17/13499, 17/14668 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Entlastung der Polizei: Pilotprojekt zur lageangepassten Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei (Profi-)Fußballspielen in Bayern  
Drs. 17/13710, 17/14645 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU)  
Flächendeckende und wohnortnahe Versorgung durch Apotheken in Bayern  
Drs. 17/13818, 17/14649 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Wohnortnahe Versorgung mit Apotheken sicherstellen  
Drs. 17/13827, 17/14650 (E) [X]

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGescho**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Pilotprojekt zur Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten  
Drs. 17/14164, 17/14646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper u.a. CSU  
Elektronische Semesterapparate: Urheberrechte schützen, Bürokratie vermeiden!  
Drs. 17/14508, 17/14785 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD  
Digitale Lehre an bayerischen Hochschulen sichern  
Drs. 17/14639, 17/14788 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Zeitgemäße Studienbedingungen nicht verhindern:  
Digitale Lehre und Forschung unterstützen!  
Drs. 17/14665, 17/14787 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Unirahmenvertrag zum Urheberrecht reformieren –  
Digitalisierung der Lehre nicht ausbremsen  
Drs. 17/14666, 17/14786 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Auswirkung der Neuausrichtung von Air Berlin auf den Flughafen Nürnberg  
Drs. 17/13695, 17/14669 (E)

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGescho**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Kahlschlag bei Bayerns Försterinnen und Förstern umgehend beenden –  
Kommunen in der Bewirtschaftung der Wälder weiterhin unterstützen  
Drs. 17/13030, 17/14686 (E) [X]

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGescho**

**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**